
Die Kontingenz der demokratischen Gesellschaft

Zum demokratiethoretischen Gehalt von Ernesto Laclaus Hegemonietheorie

Oliver Flügel-Martinsen

„The only democratic society is one which permanently shows the contingency of its own foundations“ (Laclau 2000: 86). Wer mit der Geschichte der politischen Theorie des 20. Jahrhunderts vertraut ist, könnte sich angesichts der Autornennung auf den ersten Blick die Augen reiben und sich fragen, ob hier nicht eigentlich ein Zitat des französischen Philosophen und politischen Theoretikers Claude Lefort vorliegt, der in ganz ähnlichen Formulierungen immer wieder auf die Kontingenzverfahrung des demokratischen Zeitalters und die Notwendigkeit, sie theoretisch zu durchdenken, hingewiesen hat (vgl. Lefort 1986c). Diese Prima-facie-Nähe zu Lefort ist freilich in mehrerlei Hinsicht kein Zufall und sie ist zudem ausgesprochen aufschlussreich für den Charakter und vor allem für die Reichweite von Laclaus Demokratiethorie im Besonderen und seiner politischen Theorie im Allgemeinen. Zum einen bezieht sich Laclau in der Formulierung seiner politischen Theorie in dem mittlerweile klassischen, gemeinsam mit Chantal Mouffe verfassten Buch *Hegemonie und radikale Demokratie* tatsächlich schon früh explizit auf Lefort (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 253) und setzt sich auch in späteren Veröffentlichungen an demokratiethoretisch einschlägigen Stellen mit ihm auseinander (vgl. Laclau 2005: 164ff.).¹ Zum anderen aber – und das ist in systematischer Hinsicht der wichtigere Punkt – arbeitet Laclau im Laufe der Jahre im Grunde genommen eine politische Theorie aus, wie sie Lefort seinerzeit Mitte der 1980er Jahre im politischen Denken von Politikwissenschaft und politischer Soziologie auf der einen und politischer Philosophie auf der anderen Seite vermisst hat: Eine politische Theorie nämlich, die nicht nur in der Lage ist, politische Zusammenhänge gesellschaftstheoretisch zu reflektieren, sondern die vor allem auch die grundlegende Rolle von Politik in

1 Wir werden auf die Nähe zu Lefort, aber auch auf die Umstellungen, die Laclau im politischen Denken der Demokratie gegenüber Lefort vornimmt, zu einem späteren Zeitpunkt zurückkommen.

der Konstitution gesellschaftlicher Ordnungen und – in einer intimen Verknüpfung von Gesellschaftstheorie und politischer Theorie – die Abwesenheit fester Fundamente sozialer und politischer Kategorien und Institutionen zu erfassen vermag (vgl. Lefort 1986b).

Laclaus Demokratietheorie ist also, wie schon diese wenigen Bemerkungen andeuten, in eine deutlich breiter und tiefer angelegte theoretische Unternehmung eingebettet, vor deren Hintergrund sie sich eigentlich erst erschließen lässt. Diese zielt auf eine Reformulierung von politischer Theorie und kritischer Gesellschaftstheorie ebenso wie auf die politisch-praktische Aufgabe eines anderen emanzipatorisch ausgerichteten Demokratiedenkens. Theoriegeschichtlich sind dabei zudem die Auswirkungen eines häufig als poststrukturalistisch bezeichneten², befragenden und begründungsskeptischen Philosophieverständnisses auf das marxistische Theorieprojekt mit in Betracht zu ziehen. Es liegt auf der Hand, dass eine im Umfang eng begrenzte Darstellung seines Demokratiedenkens sich hier auf Kompromisse einlassen muss und nicht alle genannten Dimensionen gleichermaßen berücksichtigt werden können. Das dürfte aber umso eher verkraftbar sein, als sich andere Beiträge des vorliegenden Bands zu Laclaus politischer Theorie diesen Aspekten seines Denkens ausführlicher widmen können. Ganz aus dem Blick geraten darf dieser weitere theoretische Bezugsrahmen allerdings nicht, weswegen es in einem ersten Schritt zunächst darum gehen wird, die gesellschaftstheoretischen Dimensionen seines Demokratiedenkens zu umreißen (1.). Dieser Blick auf die gesellschaftstheoretischen Rahmenüberlegungen ist vor allem deshalb so wichtig, weil Laclau hier die Bedeutung des Politischen bei der Konstitution des Sozialen herausstellt, wodurch erst die grundlegende Stellung der Demokratie hervortreten kann: Der demokratische Streit ist nicht irgendein Nebenschauplatz in einem gesellschaftlichen Bereich, sondern er ist das Ringen um die Einrichtung von Gesellschaft.³ Im Lichte dieser gesellschaftstheoretischen Annahmen können hernach Laclaus

2 Dem Label des Poststrukturalismus haftet natürlich, wie allen Versuchen, verschiedene theoretische Unternehmungen mit einer einheitlichen Bezeichnung zu versehen, unvermeidlich etwas Künstliches und Gezwungenes an, das den einzelnen Ansätzen nicht gerecht zu werden vermag und das zudem von vielen der unter es subsumierten Autorinnen und Autoren nicht zur Selbstbeschreibung verwendet wird. Vgl. zu dieser theoriegeschichtlichen Konstruktion: Angermüller 2007: 9-13. Zu ähnlichen gelagerten Schwierigkeiten des für diese Ansätze vor allem in den USA auch gebräuchlichen Begriffs der French Theory vgl. Butler 1999: x.

3 Dieses Motiv teilt Laclau in der politischen Theorie der Gegenwart vor allem mit der Unternehmung Jacques Rancières, worauf wir später noch zurückkommen werden. Laclau zieht diese Parallele übrigens selbst: vgl. Laclau 2005: 244ff.

Überlegungen zur radikalen Demokratie und zur Konstitution eines demokratischen Volkes entfaltet werden (2.).

1 Gesellschaftstheoretische Dimensionen der Demokratietheorie: Antagonismus, Hegemonie und der Primat des Politischen

Laclau hat in seinen späteren Arbeiten verschiedentlich die Gelegenheit ergriffen, in der Form konziser Rückerrerinnerungen wesentliche Entwicklungslinien, Hintergründe und Facetten seiner Werkentwicklung in Erinnerung zu rufen (Laclau 2007 und 2014b). In diesen kurz gehaltenen Vergegenwärtigungen gelingt Laclau jeweils das Kunststück, die weitausgreifenden und komplexen Denkbewegungen und Theoriebezüge, die seiner politischen Theorie zugrunde liegen, in wenigen Strichen anschaulich zu umreißen. Während dabei die Einleitung zu seinem letzten großen Buch *The Rhetorical Foundations of Society* (Laclau 2014a), einer Sammlung wichtiger Aufsätze aus den letzten beiden Dekaden seines Schaffens, stärker auf die auch autobiographisch relevanten realgeschichtlichen Hintergründe seiner politischen Theorie fokussiert ist (Laclau 2014b), rekapituliert der Aufsatz *Ideologie und Post-Marxismus* (Laclau 2007) die theoriegeschichtliche Großwetterlage und die wesentlichen Stationen von Laclaus Theorieentwicklung seit Erscheinen von *Hegemonie und radikale Demokratie*. Diese beiden Dimensionen der, wenn man so will, emanzipatorisch ausgerichteten Realpolitik und der kritisch orientierten Theoriepolitik sind die beiden wesentlichen Seiten von Laclaus Demokratiedenken: Seine Demokratietheorie zielt nämlich, wie auch seine politische Theorie insgesamt, in einer miteinander verschränkten Doppelbewegung darauf, praktische politische Wirksamkeit dadurch zu entfalten, dass sie theoretisch avancierte Denkmittel für emanzipatorische politische Bewegungen bereit stellt.

In beiden Rückerrerinnerungen zeichnet Laclau darum gleichermaßen den Weg zu *Hegemonie und radikale Demokratie* im Ausgangspunkt einer Krise des marxistischen Diskurses nach: Das eine Mal hebt er dabei mit stärker realpolitischen Akzenten hervor, dass sich angesichts der politischen Entwicklungen auf der Linken in den 1960er und 1970er Jahren die marxistische Fixierung auf den dualistisch verstandenen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht nur nicht halten ließ, sondern dass darüber hinaus mit der Konzentration etwa auf

Volksbewegungen⁴ in den revolutionären Bewegungen Kategorien ins Spiel kamen, die innerhalb des marxistischen Denkens wenig berücksichtigt, ja gar verpönt waren (Laclau 2014: 3). Das andere Mal konzentriert er sich stärker auf die im marxistischen Theorieprojekt selbst angelegte konzeptuelle Spannung zwischen einer systematischen Geschichtsphilosophie, die Geschichte als objektiven Vorgang versteht, angesichts dessen Akteurkonstellationen eine eher nebensächliche Rolle spielen, weil sie sich aus der historisch objektiven Situation notwendig ergeben sollen, und der Theorie des Klassenkampfes, in der die konkreten revolutionären Konstellationen, aber auch vor allem Strategien eine zentrale Funktion übernehmen: „Ich kam mehr und mehr zu der Überzeugung, dass es unmöglich ist, diese beiden Sichtweisen miteinander zu vereinbaren, und dass die sogenannte ‚Krise des Marxismus‘ zu einem Großteil aus dieser Unmöglichkeit resultierte“ (Laclau 2007: 25).

Aus beiden Perspektiven wird also ein theoretisches Umdenken erforderlich, das über den marxistischen Theorierahmen so hinausgeht, dass es möglich wird, den *politischen* Charakter dieser Kämpfe angemessen zu erfassen. Der von Laclau und Mouffe gleichermaßen verwendete Begriff des Post-Marxismus muss deshalb als eine *politische* Theorie verstanden werden, die sich mit zwei verschiedenen Akzentsetzungen lesen lässt: Sie ist *Post-Marxismus*, indem sie über die objektivistischen Theorieverständnisse des Marxismus hinausgeht, von denen aus politische Fragen als Epiphänomene eines größeren objektiv beschreibbaren Geschichtsprozesses und einer systematisch erfassbaren, gleichsam technisch verstandenen gesellschaftlichen Konstellation zwischen dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse erscheinen. Sie ist aber ebenso *Post-Marxismus*, da sie die *politische* Dimension gegenüber der objektivistischen ja gerade stärkt, um an der linken emanzipatorischen Ausrichtung der marxistischen Unternehmung festhalten zu können. Das theoretische Desiderat, dem Laclau und Mouffe in *Hegemonie und radikale Demokratie* gemeinsam und in den Folgejahren auf zwar selbstständigen Wegen, aber mit zahlreichen Berührungspunkten nachspüren⁵, besteht so in einer politischen Theorie, die gesellschaftliche Kräfteverhältnisse als politische Konstellationen zu denken vermag, die also, wie man vielleicht sagen könnte, eine politisch gebrochene Gesellschaftstheorie ist: Mithin eine Gesellschaftstheorie, der von

4 Die damit aufgeworfene Frage nach der Konstitution eines Volkes hat für Laclaus Demokratietheorie, wie wir später noch sehen werden (2.), elementare Bedeutung (vgl. dazu insgesamt Laclau 2005, insb.: 164-171).

5 Beide teilen den hegemonietheoretischen Rahmen in allen ihren Veröffentlichungen und Laclau bezieht sich bspw. in *On Populist Reason* in der Erörterung des demokratietheoretischen Gehalts seiner Überlegungen auf Mouffes Ansatz einer agonistischen Demokratietheorie (vgl. Laclau 2005: 168ff., vgl. zu Mouffes Demokratietheorie Mouffe 2007, 2008 und 2014).

vornherein die Unmöglichkeit einer objektiven und umfassenden Erfassung des Begriffs der Gesellschaft klar vor Augen steht, weil es *die* Gesellschaft gerade nicht gibt (vgl. Laclau 2007: 27, dazu: Hetzel 2004 und Marchart 2013), sondern stattdessen wechselnde gesellschaftliche Konstellationen auf politischem Wege erkämpft werden. Damit wird die Politik vom Rand geradezu ins Zentrum gerückt, weswegen Laclau auch „vom Primat der Politik bei der Strukturierung sozialer Räume“ (Laclau 2007: 36) ausgeht, womit er auf den schon angedeuteten Umstand hinweist, dass soziale Konstellationen und Konfigurationen als verschiebbare und niemals abgeschlossene Sedimentierungen politischer Kämpfe begriffen werden müssen. Diese Überlegung ist schon für die Verschiebung des marxistischen Diskurses wesentlich, die Laclau und Mouffe in *Hegemonie und radikale Demokratie* vornehmen. Dort heißt es entsprechend in einer Formulierung, in der gleichermaßen die Unmöglichkeit eines endgültigen und totalisierenden Zugriffs auf Gesellschaft im Ganzen und die damit einhergehende politische Konstitution des Sozialen betont wird:

„Was wir hervorheben wollen ist, daß Politik als eine Praxis des Erzeugens, der Reproduktion und Transformation sozialer Verhältnisse nicht auf einer bestimmten Ebene des Gesellschaftlichen verortet werden kann, da das Problem des Politischen das Problem der Einrichtung des Sozialen ist“ (Laclau/Mouffe 1991: 212).

Und damit kommt auch *demokratischer* Politik eine grundlegende Aufgabe zu; im Grunde genommen wird sie erst angesichts dieses in sich gebrochenen Theorieverständnisses möglich, wie Laclau anhand der Umarbeitung des klassischen, gerade auch für die marxistische Theorie wesentlichen Emanzipationsbegriffs erörtert (vgl. Laclau 2002a): Während der klassische Emanzipationsbegriff eine Idee universeller Befreiung impliziert, die ihrerseits einen gesellschaftlichen Selbstbegriff voraussetzt, in dem eine Gesellschaft gleichsam als Totalität zu sich selbst kommt, weist Laclau auf die Gebrochenheit universeller Ansprüche hin: Wird der gesellschaftliche Wandel nicht in eine geschichtsphilosophisch totalisierende Bewegung à la Hegel oder Marx eingebettet, sondern als Abfolge von unterschiedlichen Konstellationen und temporären Sedimentierungen politischer Kämpfe verstanden, dann trägt jede gesellschaftliche Formation die Signatur des bloß Partikularen in sich. Laclau weist, wie wir uns gleich noch genauer ansehen müssen, in diesem Zusammenhang darauf hin, dass jede dieser Partikularitäten dennoch, um politisch wirksam werden zu können, gezwungen ist, „eine universale Rolle anzunehmen“ (Laclau 2002b: 41). Zunächst aber ist der entscheidende Punkt, dass die bei Marx der Tendenz nach eschatologisch verstandene Idee der Emanzipation (vgl. Derrida

1995: 100/101)⁶, die sich etwa in seinen Bildern einer Aufhebung der Klassenkämpfe (Marx/Engels 1972: 482) oder einer planmäßigen Kontrolle der gesellschaftlichen Kräfte und eines damit einhergehenden Übergangs vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit (Marx 1973: 828) zum Ausdruck bringt, ihre erlösende Dignität verliert, Emanzipation also im Sinne einer universellen Befreiung unmöglich wird. Genau dadurch aber wird, wie Laclau unterstreicht, demokratische Politik überhaupt erst möglich, denn „Unvollständigkeit und Vorläufigkeit gehören zur Essenz der Demokratie“ (Laclau 2002b: 41), weil, wie sich diese Überlegung mit Derrida erläutern ließe, demokratische Politik nur dann stattfinden kann, wenn kein objektiver Weg vorgezeichnet, kein endgültiger Zustand erreicht werden kann, wenn also etwas entschieden werden kann und nicht ein Programm abläuft oder gar zum Abschluss kommt (vgl. Derrida 2000: 55). Diese Unmöglichkeit einer endgültigen Aufhebung des Kampfes um die Einrichtung von Gesellschaft haben Laclau und Mouffe wiederum bereits in *Hegemonie und radikale Demokratie* ins Zentrum ihrer Überlegungen gestellt und deshalb einen Revolutionsbegriff, wie er Marx' Vorstellung einer proletarischen Revolution zugrunde liegt, zurückgewiesen: „Der klassische Begriff der Revolution implizierte [...] den *grundlegenden* Charakter des revolutionären Akts, nämlich die Institution eines Punktes der Konzentration der Macht, von dem aus die Gesellschaft ‚rational‘ reorganisiert werden könnte“ (Laclau/Mouffe 1991: 242, Herv. i. O.). In der Tat ist eine solche Vorstellung der rationalen Kontrolle gesellschaftlicher Prozesse für Marx' Befreiungsvision wesentlich, wie sich etwa an einer berühmten Formulierung aus dem Fetischkapitel des ersten Kapitalbandes zeigt, in der Marx die Auffassung vertritt, dass die mit dem Fetischcharakter der Ware einhergehende Situation, dass sich gesellschaftlich Erzeugtes dem Einfluss der Menschen entzieht und sie von ihm kontrolliert werden, statt es zu kontrollieren (vgl. auch Marx 1972: 89), aufzuheben ist: „Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d. h. des materiellen Produktionsprozesses streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht“ (Marx 1972: 94). Wie in diesem Zitat der materielle Produktionsprozess, so soll dann als Ergebnis einer gleichsam letzten Revolution, die die Geschichte aller Klassenkämpfe beendet, die rationale Kontrolle von Gesellschaft insgesamt und damit der Übergang vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit möglich werden (vgl. Marx 1973: 828). Rancière hat deshalb zu Recht darauf hingewiesen, dass Marxens revolutionäre Theorie in einer Vision des Schlussmachens mit der Politik als Streit um die

6 Dort vertritt Derrida aber übrigens die Auffassung, dass dennoch an der Idee der Emanzipation festzuhalten ist; ähnlich emphatisch bezieht er sich auch in *Gesetzeskraft* auf die Idee der Emanzipation: vgl. Derrida 1991: 58.

Einrichtung der Welt gipfelt, weil sie eine rationale Einrichtung von Gesellschaft anvisiert, die als metapolitisch verstanden werden kann, da sie eine Lösung jenseits der Politik, eine Lösung also, die politische Kämpfe überflüssig macht, anstrebt (Rancière 2002: 94ff.). Es sind solche marxischen und marxistischen, letztlich geschichtsphilosophisch getragenen Vorstellungen einer Beendigung des Kampfes um die Einrichtung von Gesellschaft, gegen die sich Laclau und Mouffe richten und an deren Stelle sie eine Theorie der Kontingenz sozialer Verhältnisse setzen, über deren jeweilige Konturen in einer unaufhörlichen Abfolge politischer Kämpfe gerungen wird. Durch diese veränderte Fassung einer kritischen Gesellschaftstheorie wird das Politische zum entscheidenden Modus und Austragungsort von Kämpfen um die Instituierung des Sozialen.

Sind damit zwar die ungefähren Konturen einer postmarxistischen politischen Theorie der Gesellschaft umrissen, in deren Folge, wie wir später noch sehen werden, dem demokratischen Streit die entscheidende Rolle eines Streits um die Einrichtung von Gesellschaft zukommen wird, so ist noch wenig darüber gesagt, wie genau die Kontingenzzannahmen entfaltet und in eine Theorie des Politischen überführt werden, die den im Begriffsuniversum des orthodoxen Marxismus von einer geschichtsphilosophisch getragenen politischen Ökonomie gehaltenen zentralen Platz politischen Kämpfen und demokratischen Konflikten zuweist. Die näheren Konturen einer solchen politischen Theorie lassen sich vor dem Hintergrund wesentlicher theoretisch-konzeptioneller Bezugspunkte umreißen. Etwas holzschnittartig können diese theoretischen Umstellungen als ein Ineinandergreifen poststrukturalistisch befragender Überlegungen, die sich in Derridas Dekonstruktion (Derrida 1983) ebenso wie in Foucaults Verknüpfung von Genealogie und Diskurs (Foucault 1991: 43/44) finden, mit einem wesentlich durch die Arbeiten Gramscis getragenen Verständnis sozialer Konflikte als hegemoniale Kämpfe beschrieben werden. Hinzu tritt zudem eine Rezeption und umarbeitende Integration von Claude Leforts Charakterisierung demokratischer Gesellschaften als Gesellschaften, die der Kontingenz sozialer Ordnungen innegeworden sind (Lefort 1986c) und die sich angesichts dieses Umstands als Gesellschaften beschreiben lassen, deren Mitte der Macht in dem Sinne leer ist (Lefort 1986b: 28), dass es keine substantielle Inkorporation der Macht gibt, wie sie für aus Leforts (im Anschluss an Kantorowicz) formulierte Sicht in monarchischen Regierungsformen anzutreffen ist (Lefort 1999: 85ff.). All diese Bezugspunkte werden bereits in *Hegemonie und radikale Demokratie* aufgerufen – und es ist kein Zufall, dass sich der letzte Teil des Buches den Perspektiven radikaler Demokratie von einer hegemonietheoretischen Warte aus zuwendet (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 207-261) und damit das Theorieprojekt umreißt, dem sich, wenngleich in dann separaten

Publikationen, aber mit einer großen konzeptuellen Nähe Chantal Mouffe und Ernesto Laclau in den Folgejahrzehnten zuwenden.

Betrachten wir diese Bezugspunkt und ihre Rolle in der politischen Theorie von Laclau (und Mouffe) daher etwas genauer und verfolgen wir sie bis an den Punkt, an dem die politische Theorie eine Theorie radikaler Demokratie auf den Plan ruft. Es liegt auf der Hand, dass es daneben eine Vielzahl weiterer wesentlicher Positionen gibt, die Einfluss auf Laclaus Denken haben: Hegels Dialektik, de Saussures Linguistik, Wittgensteins Sprachphilosophie und Lacans Psychoanalyse sind dabei nur die sichtbarsten Referenztheorien; es ist aber nicht das Ziel des vorliegenden Aufsatzes, Laclaus politische Theorie umfassend aus ihren Bezugspunkten heraus zu entwickeln. Stattdessen sollen diese nur selektiv zu dem Zweck aufgerufen werden, die Zentralität und den Modus des Demokratiedenkens innerhalb dieser politischen Theorie hervortreten zu lassen.

Der poststrukturalistische Blick hilft hier bei der Suche nach einer Theorie, die die Gebrochenheit und den konstitutiven Mangel sowohl von Gesellschaft als auch von Gesellschaftstheorie sowie die letztlich kontingente Konstitution sozialer Institutionen denken kann. Mit Derridas Dekonstruktion wird dabei eine Kritik objektivistischer Gesellschaftstheorien möglich, denn von einer dekonstruktiven Warte aus lassen sich scheinbar feste Bezugspunkte in eine auflösende Bewegung bringen, die Foucault in ähnlicher Weise, in Abkehr von philosophischen Gründungs- und Begründungsgesten, als Ausgrabungsarbeit unter unseren Füßen bezeichnet hat (vgl. Foucault 2001: 776). Diese dekonstruktiv-befragende Gesamtanlage ist für Laclau und Mouffes Projekt einer postmarxistischen politischen Theorie wesentlich, geht es dieser doch gerade darum, an die Stelle einer objektivistischen Gesellschaftstheorie eine Theorie der politischenstituierung des Sozialen zu setzen. Im Grunde lässt sich dieser Zug als eine politiktheoretische Übersetzung von Derridas dekonstruktiver These verstehen, dass sich Bedeutungen nicht fixieren lassen, sondern in einer steten Verschiebungsbewegung begriffen sind (Derrida 1976), die allerdings durchaus Haltepunkte kennt, als die zumindest temporär sedimentierte Ergebnisse politischer Kämpfe begriffen werden können – Laclau und Mouffe nennen solche Punkte partieller Fixierung im Anschluss an Lacans *points de capiton* (Stoppunkte) Knotenpunkte (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 164).

Um eine solche nicht-objektivistische und postessentialistische Theorie der politischenstituierung des Sozialen zu denken, greifen Laclau und Mouffe die Vorstellung einer diskursiven und das heißt vor allem auch sich in Machtbeziehungen vollziehenden Erzeugung sozialer Wirklichkeit auf, die insbesondere Foucault ausgearbeitet hat. Die für den Diskursbegriff von Laclau und Mouffe so wichtige Einsicht, dass Diskurse als Kämpfe verstanden werden müssen, die die bloß sprachliche Ebene übersteigen, findet sich auch schon in Foucaults Arbeiten

aus den 1970er Jahren.⁷ So heißt es etwa bei Foucault (2003: 11): „Heute ist es aber an der Zeit, diese Diskursphänomene nicht mehr nur unter sprachlichem Aspekt zu betrachten, sondern [...] als strategische Spiele aus Handlungen und Reaktionen, Fragen und Antworten, Beherrschungsversuchen und Ausweichmanövern, das heißt als Kampf“. Wie in diesem Foucault-Zitat angedeutet, weisen auch Laclau und Mouffe auf den nicht bloß sprachlichen Charakter von Diskursen hin, denen sie ausdrücklich einen auch „materiellen Charakter“ (Laclau/Mouffe 1991: 158, Herv.i. O.) zuschreiben.⁸

Während bei Foucault allerdings mit der Rede von Diskursen und Gegendiskursen die Modalitäten des Kampfes um diskursive Vorherrschaft nur recht vage bestimmt werden, halten Laclau und Mouffe die damit aufgeworfenen Fragen nach der genaueren Gestalt der Kämpfe und ihrer Beziehung zur Einrichtung des Sozialen für wesentlich. Es ist dieser Punkt, an dem sie Gramscis hegemonietheoretische Reinterpretation der marxischen Klassenkampftheorie in ihre Überlegungen einspinnen. Gramscis Hegemonietheorie lässt sich insgesamt als Versuch einer politischen Reinterpretation des Marxismus verstehen, die die Dimension der Klassenkampftheorie in Marxens Denken gegenüber der geschichtsphilosophisch eingebetteten politischen Ökonomie dadurch stärkt, dass sie den revolutionären Kampf als politischen Kampf um gesellschaftliche Hegemonie versteht. Während in orthodox marxistischen Deutungen Politik ein Epiphänomen ist, wird sie bei Gramsci ins Zentrum gerückt, wodurch ein ungleich differenzierterer Blick auf das gesellschaftliche Konfliktgeschehen möglich wird. In einer erweiternden Aneignung von Marx' Begriff des Klassenantagonismus können so gesellschaftliche Konfliktkonstellationen als antagonistische Kämpfe um Hegemonie begriffen werden (vgl. Gramsci 1994: 1325, 1352 u. 1384): Revolutionärer Erfolg hängt damit nicht allein und noch nicht einmal in erster Linie von einer objektivistisch verstandenen historischen Konstellation ab, sondern vom konkreten politischen Umgang mit historischen Kräfteverhältnissen – auch das eine zentrale Kategorie Gramscis (1996: 1556). Damit werden Fragen der politischen Analyse und Strategie des revolutionären Kampfes zu einem entscheidenden Untersuchungsgegenstand.

7 Zwar haben sich die Foucault- und die Postmarxismus-Linie der Diskurstheorie mit einigen Unterschieden heute ausdifferenziert, aber bspw. Oliver Marchart, der selbst durchaus zwischen diesen Ansätzen unterscheidet, hebt hervor, dass diese Ansätze „nicht gar so weit auseinander“ (Marchart 2013: 434) liegen.

8 Inwieweit Foucaults Diskursbegriff auch materiale Dimensionen umfasst, ist eine strittige Frage: Jedenfalls haben sie aber fraglos auch in Foucaults Vorstellung einer Konstitution gesellschaftlicher Strukturen durch Kämpfe eine wesentliche Bedeutung, denn mit dem Begriff des Dispositivs verbindet Foucault explizit materielle Dimensionen; vgl. Agamben 2008, 7-9.

Laclau und Mouffe verstehen nun ihrerseits diese Überlegungen Gramscis zu antagonistischen Kämpfen um gesellschaftliche Hegemonie als geeignetes begriffliches Instrumentarium, um die konkreten Prozesse einer diskursiven Konstitution sozialer und politischer Verhältnisse deuten zu können. Gesellschaftliche Formationen erscheinen so – und diese Überlegungen führen sie schon auf Hegels politische Philosophie zurück (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 141ff.) – als kontingente Ergebnisse hegemonialer Kämpfe zwischen antagonistischen Positionen: Wie eine gesellschaftliche Ordnung beschaffen ist, hängt demnach wesentlich davon ab, auf welche Weise – in hegelscher Terminologie – die grundlegenden Differenzen vermittelt werden, welche – mit Gramsci gesprochen – hegemoniale Strategie sich also in antagonistischen Konflikten erfolgreich behaupten kann.

Es sind diese Überlegungen, die die Politik ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken, muss in ihrem Lichte doch die diskursive Konstitution sozialer Verhältnisse als politisches Geschehen verstanden werden. Während auch noch in avancierten strukturalistischen Lesarten Marx', wie etwa bei Althusser, die alte These eines Primats der Ökonomie in der Form einer ökonomischen Determination in letzter Instanz (Althusser 1977: 114; zur Kritik vgl. Laclau/Mouffe 1991: 146ff.) beibehalten wird, begreifen Laclau und Mouffe die Instituierung von Gesellschaft als ungleich kontingenteren Prozess und verschieben damit den Fokus auf den Bereich des Politischen. Dabei werden die Intuitionen Gramscis zur Bedeutung des politischen Kampfes noch grundlegend radikalisiert: Gramsci hat zwar die Stellung des Überbaus (bei ihm: Superstruktur) gegenüber der Basis (Gramsci: Struktur) gestärkt, indem er ihm eine eigenständige Bedeutung beigemessen hat, aber er hat letztlich doch an einer Distinktion zwischen materieller und ideologischer Ebene festgehalten. Laclau und Mouffe hingegen denken mit dem umfassenden Begriff des Diskurses, der, wie wir schon gesehen haben, auch materielle Dimensionen umfasst, die diskursive Konstitution des Gesellschaftlichen ohne solche objektivistischen Residualkategorien (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 160): Damit wird die Politik der entscheidende Ort des Geschehens. Und es rückt eine demokratische Politik darum in den Fokus der Aufmerksamkeit, weil sich Demokratie mit Lefort als politischer Modus von Gesellschaften begreifen lässt, die durch Begriffe wie Kontingenz, Ungewissheit und Unabgeschlossenheit charakterisiert sind (was nicht heißt, dass es jemals nicht-kontingente Gesellschaften gab). Eben das ist auch eine zentrale Annahme der politischen Theorie Laclaus und Mouffes, die immer wieder darauf hinweisen, dass sich Gesellschaften einer totalisierend schließenden Konstruktion sperren (Laclau/Mouffe 1991: 181) – *die* Gesellschaft gibt es nicht und sie ist in diesem Sinne ein unmögliches Objekt (vgl. Marchart 2013). In demokratischen Gesellschaften wird das, wie sich mit Leforts These vom leeren Ort der Macht (Lefort 1986b: 28), auf die sich Laclau und Mouffe explizit

beziehen (Laclau/Mouffe 1991: 253), sagen lässt, besonders deutlich, da sie sich als Gesellschaften verstehen lassen, die die Signatur der Unmöglichkeit einer festen und schließenden Inkorporation der Macht, um die herum sich eine geschlossene Gesellschaft errichten könnte, geradezu zu ihrem Prinzip machen.⁹ Angesichts dessen ist es wenig verwunderlich, dass Laclau und Mouffe die Idee der Demokratie in Form einer Theorie radikaler Demokratie zum wesentlichen Fluchtpunkt ihres politischen Denkens machen. Dieser Idee radikaler Demokratie und ihrer Rolle in Laclaus politischem Denken können wir uns nun zuwenden.

2 Radikale Demokratie und die Konstitution eines demokratischen Volkes

Dass sich der Fokus des linken politischen Projekts, das Laclaus und Mouffes hegemonie- und diskurstheoretische Reinterpretation, Verschiebung und Dekonstruktion der marxistischen Unternehmung immer auch ist, am Ende von *Hegemonie und radikale Demokratie* auf die Perspektiven radikaler Demokratie verschiebt, ist, wie wir gesehen haben, alles andere als ein Zufall: Das Zusammenspiel von Hegemonie- und Diskurstheorie führt nämlich nicht nur dazu, dass die kritische Gesellschaftstheorie zu einer politischen Theorie wird, weil es politische Hegemoniekämpfe sind, in deren Modus um die Einrichtung einer Gesellschaft gestritten wird, die insgesamt als kontingent begriffen werden muss. Die Einsicht in die fundamentale Kontingenz dieser Gesellschaft hat vor allem auch zur Folge, dass allen Aspirationen auf endgültige Lösungen, wie sie für das marxssche Projekt tragend sind, eine klare Absage erteilt werden muss, angesichts der eine Vorstellung von Demokratie auf den Plan gerufen wird, die selbst keinen fundierenden Grund hat und die als unaufhörlicher Streit um die Einrichtung von Gesellschaft begriffen werden muss. Das sind Überlegungen, die neben Laclau und Mouffe auch für andere radikale Demokratietheorien, vor allem für diejenigen von Claude Lefort und Jacques Rancière, maßgeblich sind. Radikal ist dieses Demokratieverständnis daher vor allem in dem Sinne, dass Demokratie als Modus des politischen Streits unter

9 Deshalb werden sie auch stets bedroht von Versuchen, diesen Ort zu füllen, was Lefort, in der politischen Typologie des 20. Jahrhunderts, unter der Rubrik einer Gefahr des Übergangs in den Totalitarismus diskutiert: „Es handelt sich, auf die eine oder andere Weise darum, der Macht eine substanzielle Realität zu verleihen, das Prinzip *des* Gesetzes und *des* Wissens in die Umlaufbahn ihres Wirkungsbereichs zurückzuholen, die soziale Spaltung in all ihren Formen zu leugnen, der Gesellschaft wieder einen *Körper* zu geben“ (Lefort 1999: 62, Herv. i. O.).

Bedingungen der Kontingenz, also unter Bedingungen der Abwesenheit letzter, fundierender Gründe verstanden wird (Marchart 2010): Sucht man das Attribut des Radikalen mit Marxens etymologisch getragener Deutung zu erörtern, dass radikal sein, heiße, die Sache an der Wurzel zu packen (Marx 1974: 385), dann müsste man sagen, dass in diesem Fall das An-die-Wurzel-gehen in eine Diagnose des Fehlens einer fest verankernden Wurzel mündet. Diese in der hegemonietheoretischen Deutung der diskursiven Konstitution des Sozialen angelegte dauerhafte Kontingenz ist es, die – wir haben das bereits angesprochen – zur Ablehnung eines klassischen Verständnisses von Revolution (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 242) und Emanzipation (vgl. Laclau 2002a) führt, das ein Hintersichlassen von Herrschaftsverhältnissen und damit auch des Streits um die Einrichtung von Gesellschaft suggeriert. An die Stelle dieser eschatologischen Hoffnungen des klassischen linken Projekts marxistischer Prägung tritt dann eine postfundamentalistische Idee der Demokratie.

Dieser enge Zusammenhang eines Übergangs von Gesellschaftstheorie in politische Theorie und in eine Theorie radikaler Demokratie erhellt sich dann ohne Weiteres, wenn die Implikationen einer auf Dauer gestellten Abfolge hegemonialer Kämpfe ohne letzte Auflösung etwas eingehender betrachtet werden: Die unauflösliche Kontingenz verweist einerseits darauf, dass es keine emanzipierte, postrevolutionäre Gesellschaft jenseits aller Antagonismen geben kann, gleichzeitig aber stellt sich andererseits die Frage, wie sich auch temporäre Sedimentierungen hegemonialer Kämpfe etablieren können. Schon bei Gramsci lässt sich beobachten, dass eine hegemoniale Strategie dann erfolgreich ist, wenn sie sich ihre Deutungen als allgemeine Deutungen zu etablieren vermögen. In den Worten Laclaus ist es also notwendig, dass sich eine partikuläre Position erfolgreich als universelle Position zu behaupten vermag – gleichzeitig ist aber im Blick zu behalten, dass es das Universelle als erfüllte Position nicht geben kann. Die Universalisierung von Partikularem ist eine hegemoniale Operation – es wird also nicht der universelle Standpunkt entdeckt, sondern ein partikularer vermag sich, zumindest temporär, als universeller zu etablieren. Laclau liest schon Marxens Überlegungen zum Proletariat als der Verkörperung allgemeinen Unrechts durch eine hegemonietheoretische Brille auf diese Weise: Nach seinem Eindruck liegt hier eine hegemoniale Operation vor, die dann erfolgreich wäre, wenn es dem Partikularen (Proletariat) gelingen würde, als Universelles (allgemeines Unrecht) verstanden zu werden (Laclau 2000: 44/45). Wesentlich ist dabei, dass das Proletariat nicht das Universelle *ist*, sondern es *verkörpert*: Der Inhalt des Universellen ist also kontingent. Das Universelle gibt es demnach im Sinne einer traditionellen Ontologie nicht, es ist aber aus der Perspektive einer politischen Hegemonietheorie gleichwohl notwendig, stellt es doch einen nicht dispensierbaren Bezugspunkt in hegemonialen Kämpfen dar – diesen Umstand beschreibt Laclau mithilfe des Begriffs des leeren Signifikanten

(Laclau 2002b: 40 und 2002d): Partikulare Positionen versuchen sich im Zuge hegemonialer Kämpfe an einer Totalisierung ihrer Positionen, die natürlich niemals abschließend gelingt, die aber dann temporären Erfolg im Kampf um Hegemonie hat, wenn zeitweise die Verkörperung des Universellen gelingt – wie, im obigen Beispiel aus der marxischen Begriffswelt, beim Versuch des Proletariats, als die Verkörperung allgemeinen Unrechts zu erscheinen. Weil die Signifikation und insbesondere die von Derrida, dem sich Laclau hier anschließt, hervorgehobene Möglichkeit semantischer Verschiebungen damit eine so entscheidende Bedeutung in der hegemonialen Strategie einer partikularen Bewegung, sich als Universelles zu behaupten, einnimmt, bringt Laclau in seinen späteren Schriften häufig neben der Vorstellung einer diskursiven Konstitution des Sozialen auch die Vorstellung einer Politik der Rhetorik ins Spiel (vgl. Laclau 2005: 71/72 u. 2014c; s. a. Hetzel 2004: 206). Hegemonieprojekte lassen sich so als erfolgreiche Versuche rhetorischer Verschiebungen begreifen. Übrigens setzt Laclau hier ähnlich wie Judith Butler in ihren Überlegungen zur gelingenden Subversion von Identitätsdiskursen (vgl. Butler 1997: 144/145) auf die rhetorische Figur der Katachrese: „the hegemonic operation will be catachrestical through and through“ (Laclau 2005: 72).¹⁰

Kontingenz heißt aus Laclaus Perspektive übrigens nicht Beliebigkeit, und der Verzicht auf letzte Gründe macht nicht die Idee von Gründen überhaupt überflüssig. Das ist eine konstitutive Paradoxie der Kämpfe von partikularen Positionen um Hegemonie: Diese Kämpfe als hegemoniale Kämpfe von partikularen Positionen zu beschreiben, bedeutet auf der einen Seite, von der Hoffnung abzulassen, dass es Universelles *gibt*, zugleich aber ist die Behauptung des Universellen in der Logik dieser Kämpfe um Hegemonie unverzichtbar. Es ist genau diese Stelle, an der die Idee demokratischer Politik ins Spiel kommt, die Laclau ebenso wie Lefort als eine Politik von Gesellschaften ohne dauerhafte und feste Verkörperung begreift. Ein längeres Zitat bringt diesen Zusammenhang auf den Punkt:

„Totalität ist unmöglich und wird zugleich vom Partikularen erfordert: In diesem Sinn ist sie im Partikularen als das gegenwärtig, was abwesend ist, als ein konstitutiver Mangel, der das Partikulare unaufhörlich zwingt, mehr als es selbst zu sein, eine universale Rolle anzunehmen, die nur prekär und unvernährt sein kann. Genau aus diesem Grund kann es demokratische Politik geben: Eine Abfolge infiniter und partikularer Identitäten, die eine universale Aufgabe zu übernehmen suchen, die über sie hinausgeht; die aber folglich niemals in der Lage sind, die Distanz zwischen Aufgabe und Identität zu überdecken und die jederzeit durch alternative Gruppen ersetzt werden können. Unvollständigkeit und Vorläufigkeit gehören zur Essenz der Demokratie.“ (Laclau 2002b: 41)

10 Zur wechselseitig kritischen Auseinandersetzung zwischen Butler und Laclau (sowie Zizek) vgl. Butler/Laclau/Zizek 2000.

Demokratie wird also eigentlich erst angesichts der Einsicht in die Kontingenz der Verfasstheit des Sozialen möglich und gleichzeitig ist auch keine andere emanzipatorische Politik jenseits demokratischer Politik denkbar: Mit Leforts Totalitarismusdenken gesprochen ließe sich sagen, dass eine Politik, die die Vorläufigkeit endgültig zu beenden sucht, die also die unabschließbare Gesellschaft zu schließen versucht, eine totalitäre Politik wäre. Demokratie ist so gleichsam der Ausdruck einer Gesellschaft, die ihre Gestalten in einer Abfolge politischer Kämpfe wandelt, wobei kein Ergebnis dieser Kämpfe das Universelle *sein* kann, weil es das Universelle in diesem einfachen ontologischen Sinn eben *nicht* gibt, sich also auch kein fester Inhalt des Universellen bestimmen lässt (vgl. Laclau 2002c: 64). Hier sind Parallelen zu Leforts Denken ebenso deutlich wie solche zu Rancières Vorstellung einer an-archischen Demokratie, einer Demokratie, die keinen festen Grund, keine *archē* besitzt (Rancière 2002). Demokratie, so legen all diese Ansätze nahe, wird geradezu deswegen zum entscheidenden Modus von Politik, weil wir Gesellschaft als kontingentes Phänomen begreifen müssen, das sich keinen überdauernden Zielen zuführen lässt. Demokratie spiegelt deshalb auch aus Laclaus Perspektive die Diagnose eines konstitutiven und hegemonialen Kampfes um die Einrichtung von Gesellschaft wider, weil deren Gestalt stets herausgefordert werden kann: „Eine demokratische Gesellschaft ist nicht etwa jene, in welcher der ‚beste‘ Inhalt unherausgefordert dominiert, sondern vielmehr eine, in der kein Ziel ein für allemal erreicht ist und es immer die Möglichkeit der Herausforderung gibt“ (Laclau 2002e: 145). Demokratie wird so betrachtet in dem Moment zum Modus emanzipatorischer Politik, in dem diese die überkommenen Vorstellungen einer emanzipierten, jenseits hegemonialer Kämpfe situierten Gesellschaft als Option fallen lässt und sich ernsthaft auf die Diagnose einer kontingenten und damit auch dauerhaft umstrittenen Formation von Gesellschaft einlässt.

Reflektiert diese Betrachtung der Demokratie zunächst deren Rolle in der politischen Konstitution gesellschaftlicher Strukturen, so stellt sich natürlich auf der anderen Seite die bislang noch offen gelassene Frage danach, wie eigentlich jene kollektiven Identitäten hervorgebracht werden, die die hegemonialen Kämpfe austragen. Die wohl umfassendste Ausarbeitung seiner Überlegungen zur Konstitution kollektiver Identitäten hat Laclau 2005 in der Monographie *On Populist Reason* vorgelegt. Wir können den komplexen Argumentationsgang dieser Untersuchung hier zwar nicht *en detail* untersuchen, es ist aber dennoch wesentlich, die Rolle genauer zu erkunden, die Laclau der Demokratie innerhalb seiner Populismustheorie zuweist. Das ist nicht nur wichtig, um ein umfassenderes Bild seines Demokratiedenkens zeichnen zu können, das ohne diese populismustheoretischen Dimensionen unvollständig bleiben müsste, sondern es ist zudem wesentlich, um einen Verdacht zu diskutieren, der beinahe unvermeidlich evoziert wird, wenn der

Begriff Populismus in einer nicht pejorativen Weise Verwendung findet, wie es bei Laclau der Fall ist. Schnell könnte sich dann nämlich der Eindruck einstellen, dass Laclau sich mit der Strategie, die Frage nach Herausbildung kollektiver Identitäten mithilfe des Begriffs des Populismus aufzunehmen, von der Demokratie abkehrt, so dass man, vereinfacht gesagt, denken könnte: Mouffe arbeitet eine Theorie agonaler Demokratie aus und setzt damit das in *Hegemonie und radikale Demokratie* begonnene Projekt einer linksemanzipatorischen Neudeutung liberaler Demokratie fort, während Laclau irgendwann um die oder kurz nach der Jahrtausendwende einen anderen, populismustheoretischen Pfad einschlägt. Dieses Bild trägt aber, denn Laclau schließt, wie wir gleich noch sehen werden, gerade in *On populist reason* an Mouffes Überlegungen zur agonalen Demokratie an. Man muss deshalb Laclaus Hinwendung zur Populismustheorie komplexer denken und zuerst untersuchen, wie er die Konstitution populärer Identitäten betrachtet, um dann zu sehen, welche Rolle der Demokratie in diesem Theorieprojekt zukommt. Laclau ist sich dieser möglichen Einwände vollkommen bewusst und hält entsprechend selbst schon in der Einleitung zu *On Populist Reason* fest, dass die Kategorie des Populismus bereits seit Platon und seitdem im Grunde unverändert schlecht beleumundet sei (Laclau 2005: x). Dass er sich dieser Kategorie dennoch konzeptionell zuwendet, führt er darauf zurück, dass sich sonst „politics tout court“ (Laclau 2005: x) nicht verstehen lasse.

Laclaus gesamte politische Theorie geht, wie wir gesehen haben, davon aus, dass die Konstitution sozialer und politischer Ordnungen ein hochgradig erklärungsbedürftiges Phänomen ist. Dieser Fragestellung nach der Ordnungskonstitution korrespondiert, was in der politischen Theorie leicht übersehen wird, natürlich als Gegenstück die ebenso entscheidende und gleichermaßen erklärungsbedürftige Frage, wie kollektive Identitäten hervorgebracht werden. Der Ausgangspunkt von *On Populist Reason* liegt dementsprechend in Laclaus Unzufriedenheit mit den üblichen und aus seiner Sicht nicht befriedigenden sozialwissenschaftlichen Antworten auf diese Herausforderung: „My whole approach has grown out of a basic dissatisfaction with sociological perspectives which either considered the group as the basic unit of social analysis, or tried to transcend that unit by locating it within wider functionalist or structuralist paradigms“ (Laclau 2005: ix).

Warum dabei die Hinwendung zum Populismus aus Laclaus Perspektive geradezu den Königsweg darstellt (Laclau 2005: 67), um die ontologische Konstitution des Politischen verstehen, wird rasch klar, sobald man sich noch einmal die entscheidenden Elemente von Laclaus politischer Theorie und die offene Frage, die sich aus ihrem Zusammenspiel ergibt, vor Augen hält. Laclau rekapituliert hier drei Elemente (Laclau 2005: 68ff.), die uns aus dem bisher Gesagten bereits vertraut sind und die daher nur noch einmal kurz benannt werden können: Erstens einen

Begriff des Diskurses, mit dem sich die Vorstellung einer diskursiven Erzeugung sozialer Objektivität verbindet; zweitens leere Signifikanten und Hegemonie, um die Konfliktlogik hegemonialer Kämpfe um die Konstitution des Sozialen zu erörtern; und drittens Rhetorik, um die Bedingungen von Bedeutungsverschiebungen, die für hegemoniale Operationen grundlegend sind, zu untersuchen. Was hier natürlich offen und entscheidend zugleich ist, ist die Frage danach, wie sich kollektive Identitäten konstituieren, die die hegemonialen Kämpfe austragen. Es ist diese Stelle, an der die Populismustheorie auf die Bühne tritt.¹¹ Laclau Unbehagen gegenüber dem weitgehend unerklärt bleibenden Begriff der Gruppe haben wir schon beobachten können. Er setzt deshalb unterhalb konstituierter Gruppen an und bringt die Kategorie der *demands* (Forderungen) ins Spiel, um die herum sich, so seine Überlegung, die Konstitution kollektiver Identitäten vollziehen können. Diesen Vorgang diskutiert er deshalb unter der Rubrik des Populismus, weil es in politischen Kämpfen um die Herausbildung populärer Identitäten geht, deren Instituierung Laclau nachspürt, statt sie als Gruppen vorauszusetzen (Laclau 2005: 129 u. 224). Unter Populismus versteht Laclau entsprechend den Modus der Konstitution der Einheit einer Gruppe (Laclau 2005: 73), die sich allerdings nur unter bestimmten Bedingungen herstellen lässt. Hierzu ist die Bündelung einer Gruppe von *demands* erforderlich, die Laclau als *popular demands* bezeichnet und von isolierten *demands* abgrenzt, die er eigentümlicherweise *democratic demands* nennt.¹² Die Konstitution einer populären Identität, eines *people*, fügt sich dabei in die Logik hegemonialer Kämpfe ein: Damit diese Konstitution gelingen kann, ist es nämlich erforderlich, dass eine antagonistische Grenze etabliert wird, die die populäre Identität von der gegenwärtig hegemonialen Macht scheidet (Laclau 2005: 74), die aber letztlich in Bewegung bleibt (Laclau 2005: 153); weiterhin müssen die Forderungen in eine Äquivalenzordnung und „a stable system of signification“ (Laclau 2005: 74) gebracht werden (vgl. auch Laclau 2005: 93). Gelingt das, stehen sich die verschiedenen Lager antagonistisch gegenüber und die populäre Identität des Volkes (*people*), das zwar nicht in einem ontologischen Sinne die Totalität der Gemeinschaft sein kann, beansprucht erfolgreich, „to be conceived as the only legitimate totality“ (Laclau 2005: 81).

11 Laclau entwirft in *On Populist Reason* ein hochkomplexes und teils sogar angesichts zahlreicher terminologischer Verästelungen leicht ‚übertheoretisiert‘ erscheinendes Modell des Populismus. Wir werden uns hier auf eine holzschnittartige und entsprechend vereinfachende Skizze beschränken.

12 Zur Begründung dieser Begriffswahl, die ich dennoch nicht wirklich geglückt, da ohne weitere Erläuterung missverständlich, finde: vgl. Laclau 2005: 125-128.

Für unseren demokratietheoretischen Zusammenhang ist nun wesentlich, dass Laclau diesen Vorgang einer populistischen Konstitution kollektiver Identitäten nicht nur für die wesentliche Operation des Politischen hält, ja im Grunde für die Operation, die mit dem Politischen synonym ist (vgl. Laclau 2005: 154), sondern dass sich nach seiner Überzeugung auch Demokratie nicht ohne die Konstitution populärer Identitäten verstehen lässt (vgl. Laclau 2005: 169ff.). Das hat etwas mit der Diagnose einer leeren Mitte der Macht zu tun, die Laclau bekanntlich von Lefort übernimmt, wobei Laclau in einer hegemonie- und populismustheoretischen Lesart dieser Beobachtung davon ausgeht, dass zwar die stabile symbolische Verkörperung der Gemeinschaft mit der Monarchie endet, nicht aber die Logik der Verkörperung (Laclau 2005: 170), wodurch sich auch in Demokratien die im Kern populistische, da auf die Formation einer kollektiven Identität gerichtete Frage nach der Konstitution eines demokratischen Volkes stellt. Mit seiner Hinwendung zum Populismus wendet sich Laclau also nicht von der Demokratie ab und dem Populismus zu, sondern die populistische Perspektive blickt gleichsam analytisch tiefer: Sie erkundet, wie das Politische in die Welt kommt und wie es prozediert. Die analytische Hinwendung zum Populismus liegt also auf einer anderen Ebene als die Frage nach Demokratie. Natürlich kann die Konstitution populärer Identitäten auf andere als demokratische Bahnen führen. Das aber ist eine analytische Einsicht und nicht eine konzeptionelle Abkehr von der Demokratie. Entscheidend ist für Laclau, dass wir diese populistische Logik des Politischen verstehen müssen, wenn wir die Demokratie ebenso wie andere Konfigurationen verstehen wollen. Was mit der Populismustheorie tatsächlich vollzogen wird, ist demnach eine Ebenenerweiterung: Neben Überlegungen zu einer radikalen Demokratie, für die Laclau ebenso wie Mouffe plädiert, tritt so in Laclaus Demokratiedenken eine weitere, stärker explanatorisch ausgerichtete Dimension, die die Demokratie in analytischer Hinsicht als eine politische Konfiguration versteht, deren Modalitäten sich populismustheoretisch lesen lassen.

Literatur

- Agamben, Giorgio, 2008: Was ist ein Dispositiv? Berlin.
Althusser, Louis, 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg/Westberlin.
Angermüller, Johannes, 2007: Nach dem Strukturalismus. Bielefeld.
Butler, Judith, 1997: Excitable Speech. A Politics of the Performative. New York/London.
Butler, Judith, 1999: Preface (1999). In: Dies.: Gender Trouble, New York/London, S. vii-xxvi.

- Butler, Judith/Laclau, Ernesto/ Zizek, Slavoj, 2000: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London/New York.
- Derrida, Jacques, 1976: Die Struktur, das Zeichen und das Spiel im Diskurs der Wissenschaft vom Menschen. In: Ders.: *Die Schrift und die Differenz*, Frankfurt a. M., S. 422-442.
- Derrida, Jacques, 1983: *Grammatologie*. Frankfurt a. M.
- Derrida, Jacques, 1991: *Gesetzeskraft*. Frankfurt a. M.
- Derrida, Jacques, 1995: *Marx' Gespenster*. Frankfurt a. M.
- Derrida, Jacques, 2000: *Politik der Freundschaft*. Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel, 1991: *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel 2001: Wer sind Sie, Professor Foucault? [Gespräch mit P. Caruso]. In: Ders.: *Schriften. Dits et Écrits*. Bd. 1, Frankfurt a. M., S. 770-794.
- Foucault, Michel, 2003: *Die Wahrheit und die juristischen Formen*. Frankfurt a. M.
- Gramsci, Antonio, 1994: *Gefängnishefte* 6. Philosophie der Praxis. 10. und 11. Heft. Hamburg.
- Gramsci, Antonio, 1996: *Gefängnishefte* 7. 12. bis 15. Heft. Hamburg.
- Hetzel, Andreas, 2004: Demokratie ohne Grund. Ernesto Laclaus Transformation der Politischen Theorie. In: Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hg.): *Die Rückkehr des Politischen*, Darmstadt, S. 185-210.
- Laclau, Ernesto, 2000: Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics. In: Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Zizek, Slavoj: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*, London/New York, S. 44-89.
- Laclau, Ernesto, 2002a: *Emanzipation und Differenz*. Wien.
- Laclau, Ernesto, 2002b: *Jenseits von Emanzipation*. In: Ders.: *Emanzipation und Differenz*, Wien, S. 23-44.
- Laclau, Ernesto, 2002b: Universalismus, Partikularismus und die Frage der Identität. In: Ders.: *Emanzipation und Differenz*, Wien, S. 45-64.
- Laclau, Ernesto, 2002b: Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun? In: Ders.: *Emanzipation und Differenz*, Wien, S. 65-78.
- Laclau, Ernesto, 2002b: Macht und Repräsentation. In: Ders.: *Emanzipation und Differenz*, Wien, S. 125-150.
- Laclau, Ernesto, 2005: *On Populist Reason*. London.
- Laclau, Ernesto, 2007: Ideologie und Post-Marxismus. In: Nonhoff, Martin (Hg.): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, S. 25-40.
- Laclau, Ernesto, 2014a: *The Rhetorical Foundations of Society*. London/New York.
- Laclau, Ernesto, 2014b: Introduction. In: Ders.: *The Rhetorical Foundations of Society*, London/New York, S. 1-9.
- Laclau, Ernesto, 2014c: The Politics of Rhetoric. In: Ders.: *The Rhetorical Foundations of Society*, London/New York, S. 79-99.
- Laclau, Ernesto/ Mouffe, Chantal, 1991: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien.
- Lefort, Claude, 1986a: *Essais sur le politique*. Paris.
- Lefort, Claude 1986b: La dissolution des repères de la certitude. In: Ders.: *Le temps présent. Écrits 1945-2005*, Paris, S. 551-568.
- Lefort, Claude 1999: *Fortdauer des Theologisch-Politischen?* Wien.
- Marchart, Oliver, 2010: *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin.

- Marchart, Oliver, 2013: Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft. Berlin.
- Marx, Karl, 1972: Das Kapital I. MEW 23. Berlin (Ost).
- Marx, Karl, 1973: Das Kapital III. MEW 25. Berlin (Ost).
- Marx, Karl, 1974: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, MEW 1, Berlin (Ost), S. 378-391.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich, 1972: Manifest der kommunistischen Partei. MEW 4, Berlin (Ost), S. 459-493.
- Mouffe, Chantal, 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt a. M.
- Mouffe, Chantal, 2008: Das demokratische Paradox. Wien.
- Mouffe, Chantal, 2014: Agonistik. Die Welt politisch denken. Berlin.
- Rancière, Jacques, 2002: Das Unvernehmen. Frankfurt a. M.

Ordnungen des Politischen

Einsätze und Wirkungen der Hegemonietheorie Ernesto

Laclaus

Marchart, O. (Hrsg.)

2017, VI, 245 S. 3 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-17258-9